



19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
Gremium: Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr
Sitzungstermin: Dienstag, 07.07.2015, 18:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.06.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung (teilweise vorbehaltlich der Überweisung aus der STVV Juli 2015)
 - 4.1 Bebauungsplan Nr. 149 "Michendorfer Chaussee (ehemaliger Poststandort)", Aufstellungsbeschluss
Vorlage 15/SVV/0428
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 4.2 Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht
15/SVV/0378
Oberbürgermeister, FB Steuerung und Innovation (Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Sonstiges



Niederschrift

18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.06.2015
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:08 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Herr Pete Heuer	SPD
Frau Babette Reimers	SPD
Herr Lars Eichert	CDU/ANW
Frau Saskia Hüneke	Grüne/B90

zusätzliches Mitglied

Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	bis ca. 21.00 Uhr
--------------------	------------	-------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP
--	-----

sachkundige Einwohner

Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz		
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW	
Herr André Tomczak	DIE aNDERE	bis ca. 21.50 Uhr
Herr Rudi Wiggert	SPD	

- 3.1.2 Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Staufalle
Vorlage: 15/SVV/0159
Fraktion DIE LINKE
KOUL, HA
- 3.1.3 Bürgerbeteiligung bei den Planungen Zeppelinstraße
Vorlage: 15/SVV/0164
Fraktion SPD
KOUL, HA
- 3.2 Bebauungsplan Nr. 1A "Großer Plan - BA 1A"
Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung und Ergänzung, Teilbereich zwischen
den Wohngebieten In der Feldmark und Am Herzberg
Vorlage: 15/SVV/0279
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Golm
- 3.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 33 "Waldpark Großbeerenstraße"
Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum Durchführungsvertrag sowie
Änderung des Flächennutzungsplans "Waldpark Großbeerenstraße"(03/14)
Vorlage: 15/SVV/0358
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff)
- 3.4 Sicherung der Kleingartenanlagen "An der Nuthestraße zwischen Friedrich-
Engels-Str. und Horstweg"
Vorlage: 15/SVV/0293
Fraktion SPD
- 3.5 Ausweitung Vorbereitende Untersuchungen Neuendorfer Anger/Horstweg
Vorlage: 15/SVV/0299
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
mit Änderungsantrag des Stadtverordneten Jäkel
- 3.6 Prüfung Verkehrsführung Neuendorfer Straße
Vorlage: 15/SVV/0360
Fraktion DIE LINKE
- 3.7 Bessere Anbindung an das Fernbusliniennetz
Vorlage: 15/SVV/0368
AfD Fraktion
- 3.8 Slot-Baustellenmanagement
Vorlage: 15/SVV/0391
Fraktion CDU/ANW
- 3.9 Alternative Verkehrsführung an der Kreuzung Zeppelinstraße/Breite Straße
Vorlage: 15/SVV/0392
Fraktion CDU/ANW
- 3.10 Handyparken
Vorlage: 15/SVV/0395
Fraktion CDU/ANW, SPD
SBV (ff)
- 3.11 Bebauungsplan Nr. 52 "Rote Kaserne Ost", Aufstellungsbeschluss zur 3.
Änderung, Teilbereich "Baufeld MI 7"
Vorlage: 15/SVV/0437
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

- 3.12 Sitzungskalender 2016
Vorlage: 15/SVV/0371
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
auch WA KIS
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Enteignungsverfahren nach § 15 Bundeskleingartengesetz zur Sicherung der
Kleingartenanlage "Klein Sanssouci"
FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.2 Information über die Wiederholung des Bieterverfahrens für das Grundstück Fr.-
Ebert-Str. /Schloßstraße
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 09.06.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße
Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern
fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und
Verkehr vom 09.06.2015 erinnert Frau Hüneke an ihre Bitte, den Ausbaustandard
dieser Radwege anhand von Vergleichsbeispielen bereits im Vorfeld im SBV-
Ausschuss vorzustellen und bittet eine Bestätigung der Verwaltung
protokollarisch festzuhalten.

Der Ausschussvorsitzende gibt an, dass die Bitte in der Niederschrift unter TOP
5.2 „Sachstandsbericht Uferwegekonzept“ festgehalten worden ist und somit der
Verwaltung bekannt ist. Eine Protokollergänzung hält er nicht für erforderlich.

Weitere Hinweise zur Niederschrift gibt es nicht; die Niederschrift wird mit 6 Ja-
Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass die Vorstellung von Bauvorhaben vor der Sitzung erfolgt ist und keine Rückfragen offen geblieben sind.

Herr Heuer bittet in der heutigen Sitzung um Information des Beigeordneten zur Grundstücksangelegenheit von Herrn Klipp.

Herr Klipp sagt dies zu.

Herr Klipp bittet unter Mitteilungen der Verwaltung folgenden Punkt neu aufzunehmen: Information über die Wiederholung des Bieterverfahrens für das Grundstück Fr.-Ebert-Str. /Schloßstraße.

Herr Eichert schlägt vor, die Tagesordnungspunkte Zeppelinstraße heute in 1. Lesung zu behandeln. Dadurch bestünde die Möglichkeit weiteren Informationsbedarf abzuwarten und zu bewerten.

Herr Heuer bittet alle Punkte i.S. Zeppelinstraße im Zusammenhang zu behandeln und somit den TOP 3.9 nach TOP 3.1.3. aufzurufen.

Die entsprechend geänderte Tagesordnung wird mit 6/0/1 bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Zeppelinstraße

zu 3.1.1 Vorstellung der Visualisierung des Verkehrsablaufes im Bereich der Zeppelinstraße einschließlich der weiteren Simulationsergebnisse

Der Ausschussvorsitzende erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2015 die Visualisierung des Verkehrsablaufes im Bereich der Zeppelinstraße vorzustellen. Er äußert sein Befremden darüber, dass die Öffentlichmachung bereits vorgenommen worden ist, bevor der Auftraggeber (die Stadtverordnetenversammlung) davon Kenntnis nehmen konnte. Er bittet, künftig solche Informationen zuerst dem Auftraggeber zur Kenntnis zu geben und erst im Anschluss der Öffentlichkeit.

Herr Klipp bittet zur Kenntnis zu nehmen, dass er als Beigeordneter nicht Angestellter des SBV-Ausschusses sei und beruft sich darauf, dass der Oberbürgermeister die Festlegung getroffen hat, am selben Tag der Berichterstattung im Ausschuss die Presse und Nachbargemeinden zu informieren. Da dies im Anschluss an den Ausschuss aus zeitlichen Gründen kaum umsetzbar ist, erfolgte die Presseinformation bereits am Nachmittag.

Zugleich macht er aufmerksam, dass es damit für die Pressevertreter die Möglichkeit zu klärenden Rückfragen gegeben habe, zu denen sie im Ausschuss entsprechend der Geschäftsordnung keine Möglichkeit hätten.

Herr Dörrie (Bereich Verkehrsentwicklung) gibt anhand der Präsentation „Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte für Luftschadstoffe in der Zeppelinstraße“ Erläuterungen zu folgenden Themen:

- Ausgangslage
- aktueller Arbeitsstand
- untersuchte Varianten
- Ergebnisse zus. Luftschadstoffbetrachtung
- Zusammenfassung Luftschadstoffbetrachtung
- Ergebnisse Verkehrssimulation
- Schlussfolgerungen

und geht auf die weiteren Schritte ein.

Im Ergebnis ist ein Gesamtkonzept mit dem Ziel der Verringerung der Kfz-Verkehrsmenge durch Schaffung attraktiver Alternativen u.a. im ÖPNV und Radverkehr umzusetzen. Dies kann jedoch nur durch die Bündelung verschiedener Maßnahmen erfolgen. (Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.). Den Verkehrsfluss zeigt Herr Dörrie mittels eines Filmes.

Innerhalb einer kontroversen Diskussion gehen Herr Dörrie und Herr Klipp auf verschiedene Nachfragen und Hinweise der Ausschussmitglieder ein:

- Die Abbildung des Verkehrs in der Visualisierung erfolgt um 18,5 % reduziert; statt jetzt 27.000 Fahrzeuge dann 22.000 Fahrzeuge am Tag (erforderlich zur Einhaltung der Luftschadstoffgrenzwerte)
- Einrichtung einer Umweltzone ist in Potsdam nicht zielführend; Verweis auf Darstellung des Landesamtes für Umwelt und Verbraucherschutz; bereits jetzt gibt es einen hohen Anteil von Nutzern mit grüner Plakette; Fahrzeuge mit geregelterm Dreiwegekatalysator bekommen die grüne Plakette, bringen jedoch keinen Gewinn in Sachen Einsparung von Stickoxiden.

Änderung des Verkehrsflusses z.B. wie in der Heerstraße durch Sperrung einzelner Spuren/richtungsabhängige Verkehrssteuerung hat keine Auswirkung auf die entscheidenden Faktoren zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung; problematisch ist aus verkehrsorganisatorischer Sicht zudem die Frage der Abbiegeverkehre.

- Ca. 50 % des Verkehrs in der Zeppelinstraße erfolgt aus dem Umland; deshalb Errichtung von P&R und Verbesserung des ÖPNV-Angebotes notwendig; Taktverdichtung vor allem in den Spitzenzeiten auf den Bus-Linien 631 und 580
- Eine Reduzierung des motorisierten Verkehrs aus Richtung Potsdam-West durch ÖPNV-Angebote bzw. Schaffung der Verkehrssicherheit für Radfahrer erreichbar.
- Die Verkehrssimulation basiert in den Grundannahmen auf Ist-Zahlen aus dem Jahr 2015.

- Die umweltabhängige Verkehrssteuerung hat z.B. in der Behlerstraße den gewünschten Effekt gebracht; ist jedoch in der Zeppelinstraße nicht ausreichend, so dass eine Nachsteuerung notwendig ist.
- Der Untersuchungsraum erstreckt sich für das gesamte Netz bis nach Werder, auch die B 273 ist untersucht worden.
- Gespräche mit dem Verkehrsbetrieb Potsdam sind in verschiedener Hinsicht erfolgt; die Straßenbahn stellt bereits ein sehr gutes Angebot dar; ohne weitere Verdichtungsnotwendigkeiten. Taktverdichtung in Richtung Werder in Abstimmung mit dem Landkreis gewünscht.
- LKW-Fahrverbot nicht sinnvoll, da dieser die ganze Stadt versorgt (Dienstleistungen, Baustellen etc.); kein gebietsfremder LKW-Verkehr
- am vergangenen Freitag gab es eine Einladung nach Schwielowsee; es wurde vermittelt, dass nicht nur Potsdam weiter wachsen wird, sondern auch die Nachbargemeinden, Maßnahmenbündel auch in Abstimmung mit dem Landkreis/den Nachbargemeinden erforderlich.
- Sollte das Ziel der notwendigen Schadstoffreduzierung im Bestand nicht erreicht werden und das vorgeschlagene Maßnahmenbündel nicht umgesetzt werden wäre eine stärkere Dosierung des Verkehrs mit Pfortnerampeln notwendig. Dies würde jedoch nur zu Lasten der Nachbargemeinden gehen und wäre eine einseitige und unsolidarische Lösung.

Von verschiedenen Ausschussmitgliedern erfolgen weitere Hinweise bzw. wird weiterer Informationsbedarf angemeldet:

- Die Möglichkeit alle Filmsequenzen einzusehen.
- Nähere Erläuterungen zur Zusammenwirkung, wie P&R, Busspur und Darstellung des Vorteiles durch ÖPNV.
- Methodisches Darstellungsproblem; kausale Zusammenhänge nicht erkennbar
- Verkehrssituation in der Zeppelinstraße nicht befriedigend
- Darstellung der Wirkung der Menge von Lösungsansätzen auf den direkten Effekt
- Prüfung der Ausweichverkehre in der Forststraße; Angebot der Verwaltung im Detail zu informieren.
- Abarbeitung der Folgerichtigkeit und kausalen Zusammenhänge; Gedanken über alternative Angebote, wie die fehlende Betrachtung der Verdichtung der Regionalbahn
- Simulation sollte als worst-case-Szenario dargestellt werden

- Auch dezentrales Schaffen von Angeboten; Konzentration auf die gesamte Region -> Thema, was in der morgigen Sitzung mit dem Landkreis thematisiert werden sollte.

Herr Linke dankt für die vorgestellten Ergebnisse. Seines Erachtens zeigt die präsentierte Visualisierung das, was mit dem Beschluss 15/SVV/0231 beauftragt worden ist. Die Bündelung aus Umbau- und Angebotsausweitung lasse erkennen, dass die Reduzierung der Luftschadstoffe möglich ist. Bei den Maßnahmen sollte mit der Angebotsausweitung im Jahr 2015 begonnen werden und die Umbaumaßnahmen später in 2016.

Herr Jäkel vermisst die Darstellung der Bewältigung der gegenwärtigen Verkehrsströme von ca. 27.000 KFZ pro Tag unter den Bedingungen der angenommenen Spurverringering in der Zeppelinstraße in der Simulation. Weil er keinen kausalen Zusammenhang erkennen kann, dass eine engere Fahrbahn zu einer Abnahme der Menge des KFZ-Verkehrs führt, muß zunächst die Bewältigung der aktuellen und noch weiter durch Einwohnerzuwachs wachsenden Verkehrsmenge abgesichert werden. Dann ist es erforderlich, die verschiedenen möglichen Verbesserungen des ÖPNV (Eisenbahn, Bus, Straßenbahn) und anderer Maßnahmen darzustellen und deren konkrete Auswirkung auf die Verringerung des Verkehrsaufkommens zu bilanzieren. Ohne dringend nötige reale Verbesserungen des ÖPNV wird auch keine Abnahme des MIV eintreten. Weiterhin hält Herr Jäkel die in vorangegangenen Sitzungen von ihm aufgeworfenen Fragen, wie Anlieferverkehre in einer nur noch dreispurigen Zeppelinstraße abgewickelt werden können, für nicht beantwortet.

Er und andere Ausschussmitglieder, zum Beispiel Herr Heuer, Frau Reimers, Herr Naumann, Herr Eichert, Herr Schütt, Herr Osten-Sacken und Herr Wiggert bitten darum, die konkreten kausalen Zusammenhänge zu beachten und deren Auswirkungen auf die Simulation nachzureichen.

Nach Zusage der Verwaltung, die Langfassung den Ausschussmitgliedern zur Ansicht zu ermöglichen und die ergänzenden Fragen zu beantworten nehmen die Ausschussmitglieder dieses Angebot dankend an.

Frau Hüneke stellt den Geschäftsordnungsantrag die Zeppelinstraße heute in erster Lesung zu behandeln, sich vor Ort umzusehen, alle Simulationen anzusehen und dann die Drucksachen im September 2015 erneut aufzurufen.

Herr Eichert wiederholt den Geschäftsordnungsantrag von Frau Hüneke und bittet alle Anträge 15/SVV/0159, 0164 und 0392 nochmals zu vertagen, um bis September 2015 die Gelegenheit zu erhalten, sich mit den noch offenen Fragen in Abstimmung mit der Verwaltung auseinander zu setzen.

Der SBV-Ausschuss stimmt mit 7/0/0 für die Vertagung der v.g. Anträge in die September-Ausschusssitzung.

zu 3.1.2 Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Staufalle
Vorlage: 15/SVV/0159
Fraktion DIE LINKE
KOUL, HA

Siehe TOP 3.1.1 – Wiedervorlage zur Sitzung im September 2015.

zu 3.1.3 Bürgerbeteiligung bei den Planungen Zeppelinstraße

Vorlage: 15/SVV/0164

Fraktion SPD

KOUL, HA

Siehe TOP 3.1.1 – Wiedervorlage zur Sitzung im September 2015.

zu 3.9 Alternative Verkehrsführung an der Kreuzung Zeppelinstraße/Breite Straße

Vorlage: 15/SVV/0392

Fraktion CDU/ANW

Siehe TOP 3.1.1 – Wiedervorlage zur Sitzung im September 2015.

zu 3.2 Bebauungsplan Nr. 1A "Großer Plan - BA 1A"

Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung und Ergänzung, Teilbereich zwischen den Wohngebieten In der Feldmark und Am Herzberg

Vorlage: 15/SVV/0279

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

OBR Golm

Frau Eichler (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) erinnert, dass die Vorlage bereits in der Sitzung am 12.5.15 eingebracht worden ist und berichtet, dass der Ortsbeirat Golm in seiner Sitzung am 11.6.15 der Vorlage (sh. zur Sitzung ausgereichte geänderte Anlage 2 und Anlage 3) mit 2/1/2 zugestimmt hat.

Herr Krause (Ortsvorsteher Golm) bestätigt, dass die von der Verwaltung vorgelegte geänderte Fassung mehrheitlich angenommen worden ist. Er berichtet, dass man sich zuvor sehr intensiv mit der Vorlage und den Planungszielen im Ortsbeirat beschäftigt habe und durch die Verwaltung eine sprachliche Nachjustierung der Anlage 2 sowie eine Änderung im Plan Anlage 3 vorgenommen wurde.

Der Ausschussvorsitzende stellt die von der Verwaltung geänderte Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 1A "Großer Plan – BA 1A" ist im Teilbereich zwischen den Wohngebieten In der Feldmark und Am Herzberg gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m § 1 Abs. 8 BauGB zu ändern und zu ergänzen (gemäß Anlagen 2 und 3).

Mit geänderter Anlage 2 und Planskizze, entsprechend dem Votum des Ortsbeirates Golm – sh. zur Sitzung ausgereichte Unterlagen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 3.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 33 "Waldpark Großbeerenstraße" Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum Durchführungsvertrag sowie Änderung des Flächennutzungsplans "Waldpark Großbeerenstraße"(03/14) Vorlage: 15/SVV/0358

FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff)

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass sich der KOUL-Ausschuss zwischenzeitlich mit dieser Vorlage befasst hat und dort mit 3/3/1 abgelehnt worden ist.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) macht auf das Schreiben, einschl. der Tabelle zur Angemessenheitsberechnung, aufmerksam, welches den Ausschussmitgliedern am vergangenen Donnerstag zugeleitet worden ist und geht im Einzelnen auf die verschiedenen Positionen erläuternd ein. Er bringt abschließend nochmals zum Ausdruck, dass die beiden Planverfahren (Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 33 „Waldpark Großbeerenstr.“ und Bebauungsplan Nr. 145 „Am Humboldtring“) nicht vergleichbar sind. Sollte es aus Sicht der Stadtverordneten weitere Themen geben, dann bedarf dieses eines gesonderten Beschlusses.

Herr Heuer betont, dass auch hier ein sozialer Ausgleich geschaffen werden sollte. Aus dem gestern durch den Vorhabenträger an die Fraktionen übermittelten Schreiben ist eine ablehnende Haltung für weitere Aktivitäten erkennbar.

Herr Klipp unterstreicht nochmals, dass anders als in einem „normalen“ Bebauungsplan als Angebotsplanung das Instrumentarium des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes auf die unmittelbare Umsetzung des Vorhabens gerichtet ist. Die notwendigen Rahmenbedingungen und Fristen sind im Durchführungsvertrag geregelt. In dem hier vorliegenden Fall ist der Durchführungsvertrag bereits vom Vorhabenträger unterzeichnet worden und ist mit Anlage 6 Bestandteil der Vorlage. Das hier gewählte Instrumentarium des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes bietet jedoch keine Spielräume für Vorgaben zu eventuellen inhaltlichen Änderungen der Planung, sondern es verlangt eine Entscheidung des Plangebers, ob die vorgelegten Planunterlagen bestätigt oder abgelehnt werden.

Insofern bestätigt Herr Klipp die Aussage von Herrn Wolfram, dass hier ein klarer Auftrag seitens der Politik erforderlich sei, um nochmals mit dem Vorhabenträger in Verhandlungen einzutreten. Dafür ist ein klar formulierter Auftrag seitens der Politik notwendig.

Herr von Osten-Sacken bittet das Maß und das Ziel, was auf dem Grundstück passieren soll, im Auge zu behalten.

Frau Hüneke spricht die Umwandlung von einer Grünfläche im Flächennutzungsplan in Bauland an. Die aktuelle Information über die Baukostensteigerung sei für sie nicht nachvollziehbar. Von daher richtet sie die Bitte an die Verwaltung auf Prüfung, da die Beurteilung der Kostenschätzung nicht durch die Politik vorgenommen werden könne.

Herr Schütt erinnert, dass es sich hier um ein laufendes Verfahren handelt und ein Vertrauensschutz bestehe. Der Vergleich mit dem Bebauungsplanverfahren „Am Humboldttring“ könne seines Erachtens nicht gezogen werden. Die heute vorliegende Beschlussvorlage sei aus seiner Sicht beschlussfähig und könne heute entschieden werden.

Frau Reimers schließt sich der Äußerung von Frau Hüneke an, dass eine Einschätzung, wie realistisch die erhöhten Kosten sind, erforderlich ist.

Herr Heuer bittet ebenfalls um Information zu den Zahlen, um ggf. einen entsprechenden Antrag für eine Beauftragung vorbereiten zu können.

Herr Jäkel erklärt das Beratungsergebnis der Fraktion Die Linke von gestern Abend. Dort war die Absicht verabredet, einen Teil der durch Umwandlung von Grünland in Bauland entstehenden Wertsteigerung für die soziale Komponente preisgünstigen Wohnens zu erschließen.

Herr Klipp verweist nochmals auf die Notwendigkeit eines entsprechenden Beschlusses durch die Stadtverordnetenversammlung um die Verwaltung hier zu beauftragen und zu legitimieren, schon um erneuten Vorwürfen gegen die Verwaltung vorzubeugen.

Herr Linke stellt den Geschäftsordnungsantrag die Vorlage auf die September-Sitzung zu vertagen, um der SPD-Fraktion die Gelegenheit zu geben, bis dahin eine geeignete Formulierung zu finden.
Für und gegen den GO-Antrag spricht niemand.

**Der Ausschussvorsitzende stellt den GO-Antrag auf Vertagung zur Abstimmung:
Abstimmungsergebnis 4/1/2**

**zu 3.4 Sicherung der Kleingartenanlagen "An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Str. und Horstweg"
Vorlage: 15/SVV/0293
Fraktion SPD**

Die Tagesordnungspunkte 3.4 und 3.5 werden aufgrund des thematischen

Zusammenhanges gemeinsam behandelt.

Der Ausschussvorsitzende informiert über ein von Herrn König als Eigentümer von Flurstücken in Potsdam-Babelsberg, Kleingartenanlage am Horstweg zum TOP 3.5 beantragtes Rederecht.

Gegen die Gewährung des Rederechtes erfolgt kein Widerspruch.

Herr Alfons König hält die Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Lösung des Problems für wenig geeignet. Er sei bereit, mit den Gartennutzern einen Kompromiss zu suchen. Sein Ziel sei eine Wohnbebauung an der Dieselstraße, im Gegenzug aber die dauerhafte Sicherung der Gartennutzung auf der restlichen Fläche.

Herr Heuer bringt den Antrag 15/SVV/0293 zur langfristigen Sicherung der Kleingartenanlagen, die aus der Vorbereitenden Untersuchung für das Gebiet „An der Nuthestraße zw. Fr.-Engels-Str. und Horstweg“ ausgegliedert wurden, ein. Er ergänzt, dass ihn zwischenzeitlich die Information aus der Kleingartenkommission erreicht hat, dass sich der Investor und die Kleingärtner auf eine gemeinsame Gesprächsebene begeben wollen. Aus diesem Grunde unterbreitet Herr Heuer den Vorschlag, den SPD-Antrag mit der von Juni auf September geänderten Terminstellung zu beschließen, so dass im September die Informationen vorliegen und im SBV-Ausschuss eine Abschätzung der unterschiedlichen Interessen möglich ist.

Herr von Osten-Sacken bringt den Antrag 15/SVV/0299 zur Ausweitung der Vorbereitenden Untersuchungen zum Neuendorfer Anger/Horstweg ein.

Herr Jäkel bringt folgenden Änderungsantrag zum Antrag 15/SVV/0299 ein. „Der OBM wird beauftragt, einen Aufstellungsbeschluss zur Sicherung der Kleingärten in Babelsberg im Plangebiet „An der Nuthestraße zw. Fr-Engels-Str. und Horstweg“ einzubringen.“

Herr Berlin bittet um Information zum Votum aus der Kleingartenkommission. Dem Antrag der SPD-Fraktion könne er zustimmen. Den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE unterstützt Herr Berlin.

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) geht auf die Rahmenbedingungen ein und stellt die aktuelle Eigentumssituation dar. Er informiert über die Handlungsmöglichkeiten durch das Besondere Städtebaurecht nach Einleitung Vorbereitender Untersuchungen und insbesondere nach Einbeziehung in den Entwicklungsbereich Babelsberg (Die Präsentation wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Herr Lehmann macht abschließend deutlich, dass im Rahmen der Vorbereitenden Untersuchungen städtebauliche Missstände aufgezeigt und planerische Lösungsansätze auch zur Sicherung von Kleingärten integriert werden können, für die mit den Instrumenten einer Entwicklungsmaßnahme das breiteste kommunale Handlungsspektrum einschließlich Grundstückskauf und

Abschöpfung von Planungsgewinnen gegeben ist.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) informiert aus der Kleingartenkommission. Hinsichtlich des planungsrechtlichen Themas sind Regelungen über das Baurecht erforderlich. Zur eigentumsrechtlichen Thematik sei jedoch kein Eingriff möglich.

Als Fazit aus der Beratung der Kleingartenkommission gibt Herr Wolfram wieder, dass der Versuch unternommen wird, in Gesprächen eine einvernehmliche Lösung zu finden. Die Verwaltung hat Angebote unterbreitet, diese Gespräche zu moderieren. Für den Fall, dass eine einvernehmliche Lösung zwischen Eigentümer und Gartennutzern gefunden wird, ist die Durchführung Vorbereitender Untersuchungen ggf. nicht erforderlich, da die Möglichkeiten des Bauleitplanverfahrens ausreichen.

Frau Reimers appelliert auch die Wegebeziehungen und die Erschließung zu klären und die Untersuchungen nicht nur in Richtung Kleingartensicherung auf der einen Seite und Wohnungsbebauung auf der anderen Seite zu beschränken.

Herr Eichert sieht den Handlungsdruck nach § 34 BauGB für gegeben. Auch aus seiner Sicht wäre es am besten, wenn sich der Eigentümer und die Kleingärtner einigen, um so eine Sicherung zu erzielen.

Herr Heuer bittet für diese Gespräche den Zeitraum bis September 2015 zu gewähren.

Frau Hüneke bestätigt, dass das eigentliche Ziel der Erhalt der Kleingärten ist.

Als Ausschussvorsitzender schlägt Herr Jäkel folgenden Kompromiss vor:

Der Antrag der Fraktion SPD 15/SVV/0293 sollte heute zur Abstimmung gebracht werden und der Antrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP 15/SVV/0299 sowie der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum Antrag 15/SVV/0299 sollten zurück gestellt werden, bis das Ergebnis zum Beschluss 15/SVV/0293 im September 2015 im SBV-Ausschuss vorgelegt wird.

Dieser Vorschlag findet Zustimmung unter den Ausschussmitgliedern, so dass der Antrag 15/SVV/0293 zur Abstimmung gestellt wird:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kleingärtenanlagen, die aus der Voruntersuchung für das Gebiet "An der Nuthestraße zwischen Friedrich-Engels-Str. und Horstweg" ausgegliedert wurden, langfristig zu sichern. Im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist im Juni **September** 2015 darzulegen,

mit welchen Instrumenten das erreicht werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 3.5 Ausweitung Vorbereitende Untersuchungen Neuendorfer Anger/Horstweg

Vorlage: 15/SVV/0299

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

mit Änderungsantrag des Stadtverordneten Jäkel

Siehe TOP 3.4.

Herr Jäkel stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag 15/SVV/0299 und den dazu eingebrachten Änderungsantrag zurück zu stellen.

Für den GO-Antrag spricht niemand, dagegen ebenfalls nicht.

Der GO-Antrag auf Vertagung wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis: 6/1/0

Die Wiedervorlagen zur DS 15/SVV/0299 werden dann gemeinsam mit dem Bericht der Verwaltung zum Antrag 15/SVV/0293 im September 2015 aufgerufen.

zu 3.6 Prüfung Verkehrsführung Neuendorfer Straße

Vorlage: 15/SVV/0360

Fraktion DIE LINKE

Eine Einbringung wird nicht für erforderlich gehalten.

Herr Klipp teilt mit, dass die Verwaltung den Antrag annimmt und zu gegebener Zeit berichten wird.

Herr Jäkel bekräftigt für den Antragsteller nochmals den Auftrag die Berichterstattung in schriftlicher Form vorgelegt zu bekommen und stellt als Ausschussvorsitzender den Antrag mit der auf September 2015 geänderten Terminstellung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die Verkehrsführung in der

Neuendorfer Straße in folgenden Punkten verbessert werden kann:

- Fahrradwegmarkierungen auf der Fahrbahn bei Vorhandensein eines Radweges neben der Fahrbahn - Einhaltung der Straßenverkehrsordnung,
- Gemeinsame Bus-und Fahrradspur auf Neuendorfer Straße an Bushaltestelle Richtung Drewitz/KSF - Einhaltung der Straßenverkehrsordnung,
- Verkehrsführung auf der Galileistraße an Haltestelle Keplerplatz - Rechtsabbiegespur zur Neuendorfer Straße für Busse bei Wiedereingliederung in Straßenverkehr schwierig - Prüfung der Wiedereinführung einer gemeinsamen Links-und Rechtsabbiegespur,
- LSA -gemeinsame Ampelschaltung für Geradeaus-und Busspur in Richtung Keplerplatz/Großbeerenstraße oder Entfernung der gesonderten Ampel für Busse,
- Bushaltestellenhäuschen Haltestelle Lilienthalstraße - Werbung verdeckt Sicht aus Richtung Lilienthalstraße auf Neuendorfer Straße abbiegend,
- Gestaltung der Linksabbiegespur auf Neuendorfer Straße in Richtung Lilienthalstraße, beidseitig Sicht-und Fahrbehinderungen,
- Durchführung von Verkehrszählungen zu Stoßzeiten(7.00-9.00 Uhr, 15.00-18.00 Uhr) zwischen Großbeerenstraße und Auffahrt Nuthestraße (Rückstau, Beeinträchtigung Ein-und Ausfahrten auf private Wohngrundstücke zwischen Keplerplatz und Nuthestraße, (Unfallgefahr).

Die Stadtverordnetenversammlung ist im ~~Juli~~ **September** 2015 über das Prüfergebnis schriftlich zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.7 Bessere Anbindung an das Fernbusliniennetz

Vorlage: 15/SVV/0368

AfD Fraktion

Der Ausschussvorsitzende informiert im Auftrage der antragstellenden Fraktion, dass der KOUL-Ausschuss den Antrag in geänderter Fassung einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen hat und bittet diese Fassung auch im SBV-Ausschuss zur Abstimmung zu bringen.

Gesprächsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Fassung zur Abstimmung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Herr Oberbürgermeister wird beauftragt, die weitere Anbindung der Landeshauptstadt Potsdam an das Fernbusliniennetz aktiv zu fördern sowie **abzuprüfen, welche etwaige weiteren Standorte für die erforderliche Haltestelleninfrastruktur zu ermöglichen in Frage kommen.**

Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2015 ein Fortschrittsbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	0

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.

zu 3.8 Slot-Baustellenmanagement
Vorlage: 15/SVV/0391
Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Klipp teilt mit, dass die Verwaltung dem Prüfauftrag nachkommen wird.

Herr Jäkel schlägt vor, neben dem Hauptausschuss auch dem SBV-Ausschuss Bericht zu erstatten und bittet dies im Antrag zu ergänzen.

Herr Eichert stimmt der v.g. Ergänzung zu.

Der Ausschussvorsitzende stellt den so ergänzten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob das in Hessen mit großem Erfolg eingeführte Slotmanagement für die Planung von Baustellen in Potsdam eingeführt werden kann. Dem Hauptausschuss **und dem SBV-Ausschuss** ist bis Ende 2015 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.10 Handyparken
Vorlage: 15/SVV/0395
Fraktion CDU/ANW, SPD
SBV (ff)
Herr Eichert bringt den Antrag ein.

Herr Klipp bestätigt, dass die Verwaltung dem Prüfauftrag gern nachkommen wird.

Herr Dr. Naumann äußert sich ebenfalls zustimmend, hält es jedoch für notwendig auch die Einführung bargeldloser Zahlungsmethoden, zum Beispiel per Kreditkarte, zu prüfen. Herr Dr. Naumann stellt den Antrag folgende Ergänzung aufzunehmen: „oder andere moderne bürgerfreundliche Alternativen“.

Herr Eichert greift die Bitte auf und schlägt als Antragsteller vor, folgende Ergänzung zu übernehmen: „auch weitere bargeldlose Alternativen beim Parken“

Der Ausschussvorsitzende stellt den so ergänzten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Handyparken zuzulassen und die Einführung dieser modernen, bürgerfreundlichen Technologie **und auch weitere bargeldlose Alternativen beim Zahlen der Parkgebühr** zu prüfen und öffentlichkeitswirksam zu begleiten.

Die technischen Voraussetzungen sind dafür zeitnah zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 3.11 Bebauungsplan Nr. 52 "Rote Kaserne Ost", Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung, Teilbereich "Baufeld MI 7"
Vorlage: 15/SVV/0437
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) informiert, dass aus aktuellem Anlass das Erfordernis für den geltenden Bebauungsplan Nr. 52 "Rote Kaserne Ost" im

Entwicklungsbereich Bornstedter Feld das 3. Änderungsverfahren durchzuführen, besteht. Er verweist auf die dynamische Bevölkerungsentwicklung und den daraus ableitbaren erhöhten und langfristigen Bedarf an Schulplätzen im Potsdamer Norden. Aus Sicht der Verwaltung ist der im Schulentwicklungsplan 2014/2020 vorgesehene Standort an der Esplanade für eine temporäre dreizügige Grundschule mit Hort in Modulbauweise zu überdenken. Aus wirtschaftlichen, nachhaltigen und stadtplanerischen Gesichtspunkten wird seitens der Verwaltung dem Standort auf dem Baufeld MI 7 für eine dauerhafte Grundschule mit Hort der Vorzug gegeben. Die Vorlage zur Anpassung an die Schulentwicklungsplanung liegt den Stadtverordneten ebenfalls zur Sitzung am 1. Juli 2015 vor.

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Geltungsbereich des in Kraft gesetzten Bebauungsplans Nr. 52 "Rote Kaserne Ost", 1. Änderung wird für den in den Anlagen 1 und 2 bezeichneten Teilbereich "Baufeld MI 7" das 3. Änderungsverfahren eingeleitet. Das Änderungsverfahren wird unter der Bezeichnung Bebauungsplan Nr. 52 "Rote Kaserne Ost", 3. Änderung, Teilbereich "Baufeld MI 7" durchgeführt.
2. Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 52 für den Teilbereich "Baufeld MI 7" wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung in einem beschleunigten Verfahren durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 3.12 Sitzungskalender 2016

Vorlage: 15/SVV/0371

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung auch WA KIS

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass im Dezember 2016 keine SBV-Ausschusssitzung vorgesehen ist und bittet vorsichtshalber den 13.12.2016 zusätzlich in den Sitzungskalender aufzunehmen. Sollte zu diesem Zeitpunkt keine Notwendigkeit zur Durchführung einer Sitzung bestehen, könne er immer

noch entfallen. Da am 13.12.2016 nur noch der Eingaben- und Beschwerden-Ausschuss tagt, dürfte es keine Probleme mit Überschneidungen geben.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu.

Der Ausschussvorsitzende stellt den ergänzten Sitzungskalender zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2016 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihrer Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

Als zusätzlicher Termin ist der 13.12.2016 vorzumerken.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Enteignungsverfahren nach § 15 Bundeskleingartengesetz zur Sicherung der Kleingartenanlage "Klein Sanssouci"

FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) geht auf die rechtliche Situation der Kleingartenanlage „Klein Sanssouci“ ein. Er teilt mit, dass die beabsichtigten Verfahren nicht der Entziehung des Eigentums dienen, sondern lediglich der Begründung eines Pachtvertrages für die Kleingartennutzung. Der Eigentümer ist derzeit nicht bereit, Pachtverträge in Übereinstimmung mit dem Bundeskleingartengesetz abzuschließen. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass der Eigentümer vermutlich die Umwandlung der Fläche in Erholungsgärten plant, um eine höhere Pacht zu erzielen. Diese Nutzung widerspricht den Festsetzungen des Bebauungsplans.

Zielstellung ist die dauerhafte Sicherung der Kleingartenanlage, die seit 2005 im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 84 „Lennéstraße“ als private Grünfläche mit der Zweckbestimmung Dauerkleingärten festgesetzt ist.

Um dieses zu erreichen beabsichtigt die Verwaltung bei der Enteignungsbehörde des Landes Brandenburg für die Fläche der Kleingartenanlage „Klein Sanssouci“ die Begründung eines Kleingartenpachtvertrages durch Enteignung in Anwendung des § 15 Bundeskleingartengesetzes (BKleingG) und die vorzeitige Besitzeinweisung

zu beantragen. Eine entsprechende Vorlage liegt den Stadtverordneten mit der DS-Nr. 15/SVV/0448 zur Beschlussfassung in der Sitzung am 1.7.2015 vor.

Der Ausschussvorsitzende bestätigt, dass diese Thematik in der Kleingartenkommission beraten und dort zustimmend empfohlen worden ist.

Herr von Osten-Sacken hinterfragt, welche Befugnisnorm angewandt werden soll.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Widerspruch zum Verfahren.

zu 4.2 Information über die Wiederholung des Bieterverfahrens für das Grundstück Fr.-Ebert-Str. /Schloßstraße
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) informiert, dass das Vergabeverfahren auf der Grundlage der mit Beschluss DS 10/SVV/0412 „Leitbauten in der Potsdamer Mitte - Integriertes Leitbautenkonzept“ von der Stadtverordnetenversammlung am 1.9.2010 festgelegten Verfahrensgrundsätze und Ausschreibungsvorgaben für das Grundstück wiederholt werden muss.

Ziel ist der Beginn der Ausschreibung bereits im September 2015, damit das Grundstück zur Immobilienmesse Expo Real in München Anfang Oktober entsprechend angeboten und beworben werden kann.

Alle in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen werden darüber in dieser Woche durch ein entsprechendes Anschreiben der Verwaltung informiert, verbunden mit der Bitte einen Vertreter pro Fraktion als Mitglied des Auswahlgremiums zu benennen. Gemäß den allgemeinen Verfahrensgrundsätzen muss dies nicht zwingend ein Fraktionsmitglied sein.

Der Ausschussvorsitzende bittet das Schreiben neben den Fraktionen auch den Mitgliedern des SBV-Ausschusses zu übermitteln.

Frau Hüneke regt an, sich im Vorfeld die Vertragsgestaltung näher anzusehen.

Herr Lehmann äußert, dass es an dieser Stelle nicht für erforderlich gehalten wird.

Herr Klipp ergänzt, dass es hier um die Wiederholung des Verfahrens Alte Fahrt (Block I) im Block II geht. Bei den Blöcken III und IV sei ein neues Verfahren sinnvoll.

Herr Lehmann gibt auf Nachfrage zu Protokoll, dass die Wiederholung erforderlich ist, weil das Bieterverfahren ohne Ergebnis beendet worden ist.

zu 5 Sonstiges

Herr Klipp teilt mit, dass er die von Herrn Heuer erbetenen Informationen zum Bauvorhaben Bertiniweg in nichtöffentlicher Sitzung geben wird.

Die Öffentlichkeit verlässt den Sitzungsraum.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0428

Betreff:

öffentlich

**Bebauungsplan Nr. 149 "Michendorfer Chaussee (ehemaliger Poststandort)",
Aufstellungsbeschluss**

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung	Erstellungsdatum	04.06.2015
	Eingang 922:	08.06.2015

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
01.07.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 149 "Michendorfer Chaussee (ehemaliger Poststandort)" ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 1 und 2), der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.
2. Anhand der Planungsziele wird entschieden, dass das Verfahren hauptsächlich im wirtschaftlichen Interesse Dritter liegt (siehe Anlage 3). Die Einleitung des Verfahrens zum Bebauungsplan setzt daher voraus, dass neben den externen Kosten auch die künftig entstehenden verwaltungsinternen Kosten des Verfahrens vom Vorhabenträger übernommen werden (entsprechend der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.08.2006 zur Kostenerstattung von Verfahrenskosten bei Bauleitplanverfahren im wirtschaftlichen Interesse Dritter getroffenen Festlegungen – DS 06/SVV/0487).

Überweisung in den Ortsbeirat/die Ortsbeiräte:

Nein

Ja, in folgende OBR:

Anhörung gemäß § 46 Abs. 1 BbgKVerf

zur Information

Finanzielle Auswirkungen? Nein JaDas **Formular** „Darstellung der finanziellen Auswirkungen“ ist als Pflichtanlage **beizufügen****Fazit Finanzielle Auswirkungen:****Planungs- bzw. Verfahrenskosten**

Mit der Einleitung des Planverfahrens sind externe Planungskosten zu erwarten, die durch einen Dritten übernommen werden, sodass der Haushalt der Landeshauptstadt Potsdam dadurch nicht in Anspruch genommen werden wird.

Für die fachliche Betreuung und für die Koordinierung des Planverfahrens sind verwaltungsinterne Aufwendungen zu erwarten. Die hoheitlichen Leistungen, die hierfür im Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung zu erbringen sind, können gemäß § 11 Abs. 1 Nr. 1 BauGB nicht durch einen Dritten übernommen werden. Die im Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung zu erbringenden nicht-hoheitlichen Leistungen werden mit ca. 15.000 € geschätzt und sollen durch einen Dritten übernommen werden. Aufwand und Ertrag werden voraussichtlich in den Jahren 2015 bis 2018 anfallen.

Realisierungskosten und mögliche Folgekosten

Angaben zu weiteren Realisierungs- und möglichen Folgekosten sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich, da erst im Laufe des Planverfahrens eine weitere Konkretisierung hierzu möglich ist. Mit der Umsetzung der Planung ist nicht vor 2018 zu rechnen.

Genauere Angaben zu den zu erwartenden Realisierungskosten und zu möglichen Folgekosten werden im Laufe der Erarbeitung des Planverfahrens erfolgen.

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

--

--

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
3					90	mittlere

Begründung:

Aus aktuellem Anlass besteht das Erfordernis, für ein Areal an der Bundesstraße 2, im Süden des Potsdamer Stadtgebiets, ein Aufstellungsverfahren für einen Bebauungsplan einzuleiten. Nähere Informationen zur bestehenden Situation, zum Planungsanlass und zur Erforderlichkeit der Planung sowie zu den Planungszielen und zum Planverfahren ergeben sich aus folgenden Anlagen zu dieser Beschlussvorlage:

Anlage 1	Aufstellungsbeschluss	(3 Seiten)
Anlage 2	Geltungsbereich	(1 Seite)
Anlage 3	Kostenerstattung von Verfahrenskosten	(1 Seite)

Anlage 1

Bebauungsplan Nr. 149 "Michendorfer Chaussee (ehemaliger Poststandort)" Aufstellungsbeschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 149 "Michendorfer Chaussee (ehemaliger Poststandort)". Der Flächennutzungsplan soll im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB entsprechend geändert werden.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt südwestlich des Telegrafenberges. Das Areal umfasst das Grundstück der Deutschen Telekom und die westlich angrenzenden Grundstücke bis zur Bundesstraße 2. Die betreffenden Flächen liegen auf den Flurstücken 185/5, 185/6, 246, 247, 248 der Flur 14 in der Gemarkung Potsdam in den folgenden Grenzen:

im Norden: Flächen des Telegrafenberges, ca. 300 m entfernt vom Siedlungsrand der Landeshauptstadt Potsdam
 im Osten: Flächen des Telegrafenberges
 im Süden: vereinzelte, straßenbegleitende Grundstücke (u.a. Gastronomie "Preußenschänke", Vereinsgelände), innerhalb der Flächen des Telegrafenberges
 im Westen: Bundesstraße 2 mit angrenzenden Gebäuden des Deutschen Wetterdienstes

Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 6 ha. Die Lage des Plangebietes ist im beigefügten Kartenausschnitt dargestellt (siehe Anlage 2).

Bestehende Situation

Das Plangebiet befindet sich am südlichen Rand der Landeshauptstadt Potsdam, eingebettet in die Waldflächen des Landschaftsschutzgebietes (LSG) "Potsdamer Wald- und Havelseengebiet", am Fuße des Telegrafenberges. Durch die angrenzende Bundesstraße 2 ist der Geltungsbereich sowohl an die Potsdamer Innenstadt (2,5 km), als auch an die Autobahn A10 (Berliner Ring, ca. 10 km) angeschlossen. Das Plangebiet ist durch die Topographie des Telegrafenberges geprägt. Zur Erschließung des Gebietes zweigt von der B2 (Michendorfer Chaussee) gegenüber der Zufahrt zum Deutschen Wetterdienst eine Erschließungsstraße (ebenfalls Michendorfer Chaussee) in das hügelige Gelände des Telegrafenberges ab. Diese Erschließungsstraße ist eine öffentliche Straße in städtischer Baulast, hat einen einseitigen Gehweg und ist in voller Länge mit Beton befestigt. Sie durchquert das Gebiet in nordöstlicher Richtung und wird am Ende des Gebietes zu einem mit Kfz nicht befahrbaren Waldweg, der bis zum Wissenschaftspark auf dem Telegrafenberg fortgeführt wird. Dadurch ist das Areal in beinahe zwei gleich große Bereiche unterteilt, die sich im Eigentum Dritter befinden.

Das gesamte Plangebiet liegt auf einem Plateau oberhalb des Straßenniveaus der Bundesstraße 2. Das Areal zwischen der Bundesstraße 2 und der Erschließungsstraße ist durch einen waldartiger Baumbestand und die aufgelockerte, 1 - 2 geschossige Riegelbebauung des brach gefallenen, ehemalige Wohn- und Schulungszentrum für Auszubildende der Fernmeldetechnik der Deutschen Post, geprägt. In unmittelbarer Nähe befindet sich das leerstehende zweigeschossige Postgebäude. Auf dem angrenzenden, weitaus kleineren Grundstück ist die dazugehörige Sporthalle untergebracht, die weiterhin in Betrieb ist.

Die Flächen östlich der Erschließungsstraße wurden in den vergangenen Jahren durch den Grundstückseigentümer, die Deutsche Telekom AG (DTAG) entwickelt. Der Eingangsbereich des Telekomgeländes ist durch ein 3 geschossiges Bürogebäude mit einer Betriebswohnung gekennzeichnet. Auf dem dahinterliegenden Areal sind 1 - 2 geschossige Gebäuderiegel mit Büro-, Werkstatt- und Lagerflächen der DTAG und des Deutschen Wetterdienstes untergebracht. Das Gelände ist durch ein gut ausgebautes Straßennetz erschlossen und bietet Stellplatzflächen für PKW und Fahrräder.

Das Plangebiet ist im Flächennutzungsplan als Sonderbaufläche mit hohem Grünanteil – Zweckbestimmung Hochschule und Forschung dargestellt. Da sich die Entwicklung des Hochschul- und Forschungsstandorts jedoch zukünftig auf die Erweiterung der Flächen innerhalb des Wissenschaftsstandorts auf dem Telegrafenberg konzentriert, ist eine zeitgemäße Neuausrichtung der Flächennutzung als Gewerbegebiet zu prüfen.

Planungsanlass und Erforderlichkeit der Planung

Das Plangebiet verfügt aufgrund der Nähe zur Innenstadt und der guten, überörtlichen Erschließung (A 10) über ein hohes Entwicklungspotential als zukünftiger innenstadtnaher Gewerbebestandort. Denn trotz der Zentrumsnähe des Areals ist eine ausreichende Entfernung zu störungsempfindlichen Wohnbaugebieten gegeben (ca. 300 m).

Die DTAG beabsichtigt auf den eigenen bereits erschlossenen Freiflächen weitere gewerbliche Nutzungen zu etablieren. Die vorhandenen Technik- und Büroflächen sollen unter anderem durch ein Rechenzentrum erweitert werden. Dazu ist der Abriss des im Osten befindlichen h-förmigen Gebäudes beabsichtigt.

Um einen zusammenhängenden Gewerbebestandort zu etablieren, ist die Aktivierung der angrenzenden Flächen des ehemaligen brach gefallenen Poststandorts vorgesehen. Daraus ergibt sich das Erfordernis eine städtebauliche Ordnung und Sicherung im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens herzustellen.

Planungsziele

Ziel des Bebauungsplanverfahrens ist die Herstellung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung eines möglichst zusammenhängenden Gewerbebestandorts. Durch das Planverfahren ist eine geordnete Entwicklung des Geländes herbeizuführen, welche an die bereits vorhandene, teils gut erschlossene, gewerbliche Nutzung der Deutschen Telekom AG (DTAG) anknüpft.

Aufgrund der Nähe des Plangebiets zu dem wachsenden Wissenschaftsstandort am Telegrafenberg und dem südlich angrenzenden Sonderbaugewerbegebiet für Hochschule und Forschung zielen die konzeptionellen Überlegungen bei der Entwicklung des Plangebiets darauf ab, einen wissenschaftsnahen, technologieorientierten Gewerbebestandort zu etablieren, der Synergieeffekte zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bewirken kann. Die Entwicklung wird als sinnvolle Ergänzung zu dem 3,5 km entfernten Potsdamer Innovationszentrum verstanden.

Die Bildung überörtlicher Cluster zwischen den ansässigen Forschungseinrichtungen und den gewerblichen Standorten an der Michendorfer Chaussee setzt eine räumliche Verknüpfung zwischen dem neuen Gewerbebestandort und dem Telegrafenberg voraus. Demzufolge ist eine Straßenverbindung zwischen dem Telegrafenberg und der Michendorfer Chaussee zu prüfen. Mindestens jedoch ist eine Zuwegung des Telegrafenberges für den Fuß- und Radverkehr zu sichern.

Bei der vorhandenen Betriebswohnung im Eingangsgebäude des Telekomgeländes handelt es sich um eine untergeordnete Nutzung, die im Gewerbegebiet auch zukünftig nur ausnahmsweise zugelassen werden sollte.

Die dauerhafte Sicherung der Sporthalle westlich der Michendorfer Chaussee ist im weiteren Verfahren zu prüfen.

Für die Belange des Umweltschutzes ist eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen Umweltauswirkungen ermittelt und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Der Umfang der Umweltprüfung wird sich schwerpunktmäßig auf die Themenfelder Biotop- und Bodenschutz erstrecken. Das Plangebiet befindet sich zudem in einem stark kampfmittelbelasteten Areal der Landeshauptstadt Potsdam. Eine Ausgliederung der Flächen aus dem Landschaftsschutzgebiet "Potsdamer Wald- und Havelseengebiet" hat bereits stattgefunden.

Aktuell ist das Plangebiet im Flächennutzungsplan als Sonderbaufläche mit hohem Grünanteil – Zweckbestimmung Hochschule und Forschung dargestellt. Da der Bebauungsplan nicht aus den

Darstellungen des Flächennutzungsplans zu entwickeln ist, soll der Flächennutzungsplan für diesen Bereich im Parallelverfahren geändert werden.

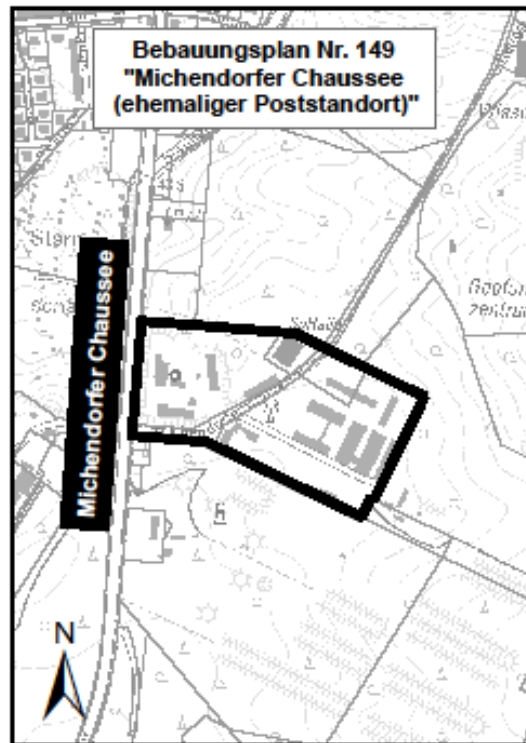
Die Darstellung des südlich angrenzenden Gebiets bleibt im Flächennutzungsplan weiterhin als Sondergebiet mit hohem Grünanteil „Hochschule und Forschung“ bestehen.

Gesetzliche Voraussetzungen für den Bebauungsplan

Eine Genehmigung des beabsichtigten Rechenzentrums auf dem Telekomgelände ist gemäß § 35 BauGB auch ohne Bebauungsplanverfahren möglich. Da jedoch die Absicht besteht das Areal weitergehend als Gewerbefläche gemäß § 8 BauNVO zu entwickeln, ist ein Bauleitplanverfahren erforderlich, das die städtebauliche Ordnung und Entwicklung sichert. Damit ist gemäß § 1 Abs. 3 BauGB die gesetzliche Grundlage gegeben den Bebauungsplan Nr. 149 "Michendorfer Chaussee (ehemaliger Poststandort)" aufzustellen.

Anlage 2

Räumlicher Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 149
"Michendorfer Chaussee (ehemaliger Poststandort)"



Anlage 3**Kostenerstattung von Verfahrenskosten bei Bauleitplanverfahren
im wirtschaftlichen Interesse Dritter**

In dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.08.2006 zur Kostenerstattung von Verfahrenskosten bei Bauleitplanverfahren im wirtschaftlichen Interesse Dritter (DS 06/SVV/0487) ist festgelegt worden, dass bei Bauleitplanverfahren, die hauptsächlich im wirtschaftlichen Interesse Dritter liegen, grundsätzlich im rechtlich zulässigen Rahmen vertraglich neben der Übernahme der externen Kosten für Planungsleistungen und etwaiger Gutachten künftig auch die Erstattung der verwaltungsinternen Kosten des Verfahrens zu vereinbaren ist.

Bei Neueinleitung von Bauleitplanverfahren soll anhand der Planungsziele entschieden werden, ob das jeweilige Verfahren maßgeblich einem Investoreninteresse dient.

Der Projektträger beabsichtigt die Realisierung eines auf die Örtlichkeit abgestimmten Nutzungskonzeptes. Die Entwicklung, Errichtung und Vermietung von Immobilien ist zentraler Geschäftszweck des Projektträgers; diesem kommt die Schaffung des Planungsrechtes zugute.



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

15/SVV/0378

Betreff:
Bürgerhaushalt 2012 - Rechenschaftsbericht

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 08/SVV/0961

Erstellungsdatum 18.05.2015

Eingang 922: 18.05.2015

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

03.06.2015 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Zur Umsetzung der Bürgervorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2012 wird der Rechenschaftsbericht der Landeshauptstadt Potsdam vorgelegt (Anlage).

Beschluss DS 08/SVV/0961 „Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes 2007“



Bürgerhaushalt 2012

Rechenschaftsbericht zur Umsetzung der Bürgervorschläge

KURZFASSUNG

Rechenschaftsbericht Bürgerhaushalt 2012




Erläuterungen:

Der Bürgerhaushalt 2012 der Landeshauptstadt Potsdam wurde in einem sechsmonatigen Partizipationsprozess aufgestellt. Es bestand die Möglichkeit, Vorschläge zu verschiedenen Themenbereichen der städtischen Haushaltsplanung einzubringen. Insgesamt wurden 617 Empfehlungen eingereicht. Anhand mehrerer Abstimmungsrunden wurde daraus die „TOP 21 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“ erstellt. Insgesamt wurde eine deutliche Steigerung der Beteiligung verzeichnet. Es ergaben sich insgesamt rund 8800 Teilnahmen.

Diese Liste der 21 am besten bewerteten Bürgeranregungen wurde am 2. November 2011 der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben und in allen Fraktionen, Fachausschüssen und Ortsbeiräten thematisiert. Am 2. Mai 2012 entschied die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich über den Bürgerhaushalt 2012. Von den 21 Bürgeranregungen wurden zehn Vorschläge angenommen oder als „bereits in Umsetzung“ vermerkt, für fünf Vorschläge wurden weitergehende Prüfaufträge erteilt und sechs Bürgerideen abgelehnt.



Unterteilt nach der Platzierung bei der Votierung sind im Folgenden die konkreten Umsetzungsergebnisse der Vorschläge zum Bürgerhaushalt 2012 aufgelistet. Die Auswertung bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2012. Weiterhin wurde der Ausblick für kommende Haushaltsjahre vermerkt, wenn eine Umsetzung nach 2012 geplant wurde. Die jeweils ergänzten Ampeln zeigen den Status der Umsetzung.

-  (GRÜN) > Ja, Umsetzung abgeschlossen / findet statt / in Planung. (12)
-  (GELB) > Ja zum Teil, ähnliche Maßnahmen werden unternommen. (1)
-  (ROT) > Nein, Umsetzung kann nicht realisiert werden. (8)

Zusammenfassung der Kosten für umgesetzte Vorschläge des Bürgerhaushalts 2012

Ergebnis Erträge lt. Jahresabschluss 2012:	0 Euro
Ergebnis Aufwendungen lt. Jahresabschluss 2012:	12.527 Euro

Ausblick ab 2013:

Geplante Aufwendungen aus Vorschlägen des Bürgerhaushalt 2012 in Folgejahren:	1.592.060 Euro
--	-----------------------

Nr.	Be- schluss der StVV	Titel	Ergebnis Ertrag 2012	Ergebnis Aufwand 2012	KOSTEN- PLANUNG Aufwand ab 2013 GESAMT
			0 EUR	12.527 EUR	1.592.060 EUR
1	Ablehnung	Tierheim endlich bauen	0	0	0
2	Zur Kennt- nis ge- nommen	Brauhausberg: Sanierung Schwimmhalle	0	0	0
3	Ablehnung	Sport- und Freizeitflächen "NowaWiese"	0	0	250.000
4	Annahme	Konzept zur Schaffung von bezahl- barem Wohnraum	0	0	80.000
5	Prüfauftrag	Mehr Sauberkeit in der Stadt	0	0	0
6	Annahme	Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche	0	0	0
7	Ablehnung	Besserer Kita-Betreuungsschlüssel	0	0	0
8	Annahme	100% Strom aus erneuerbaren Energien / Neubau von Anlagen	0	0	0
9	Prüfauftrag	Buslinie 693 wieder durchgängig bis Joh.-Kepler-Platz	0	0	0
10	Annahme	Kostenloser Nahverkehr bei Ausflü- gen von Schulen und Kitas	0	5.613	14.474
11	Bereits in Umsetzung	Kulturstandort "ARCHIV" erhalten (Brandschutz / Nutzungsverträge)	0	0	588.000
12	Annahme	Staudenhof erhalten und pflegen	0	3.500	3.000 / Jahr
13	Annahme	Radweg zw. Wetzlarer Straße und Stern erneuern	0	3.414	356.586
14	Prüfauftrag	Drei- bzw. Sechsmontatskarten für Nahverkehr anbieten	0	0	0
15	Prüfauftrag	Fußballplatz für Potsdamer Norden	0	0	0
16	Ablehnung	Vier autofreie Sonntage im Jahr	0	0	0
17	Bereits in Umsetzung	Sicherheit am Überweg Geschwis- ter-Scholl-Str. (Kita Tausendfüßler)	0	0	0
18	Geändert beschlossen	Privatisierung Groß Glienicker See- hälfte verhindern	0	0	0
19	Prüfauftrag	Sicheren Schulweg zur Regenbo- genschule Fahrland einrichten	0	0	0
20	Ablehnung	Einführung vegetarischer Wochentag	0	0	0
21	Bereits in Umsetzung	WESTKURVE - Als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Str. planen	0	0	300.000

LBB-Nr. 1 (Beschluss StVV: Ablehnung)

●●● GELB - Tierheim endlich bauen

Kurzfassung:

Es macht mich sehr wütend, dass Potsdam immer noch nicht fähig ist, ein Tierheim zu bauen. Es befand sich in einer der besten...

> Ausblick / Aktueller Stand:

Die Verhandlungen mit dem Tierschutzverein Potsdam und Umgebung e.V. (TSV) zum Verkauf des Sago-Geländes hatten zum Ergebnis, dass der TSV im November 2014 den Kaufvertrag für das Grundstück zum Bau einer Tierbetreuungseinrichtung und eines Tierheims notariell beurkundet hat. Dieser steht noch unter Vorbehalt der kommunalrechtlichen Genehmigung. Damit sind für den TSV die Voraussetzungen geschaffen, einen Bauantrag stellen zu können. Die Betreuung der Potsdamer Fund- und Verwahrtiere als Pflichtaufgabe der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt derzeit im „Pfötchenhotel“ in Beelitz. Durch die Insolvenz des Betriebes in Beelitz organisiert die Landeshauptstadt für die Zeit vom 1.12.2014 bis 31.12.2015 eine interimswise Tierunterbringung. Um die Betreuung der Fund- und Verwahrtiere weiterhin ab 1.1.2016 erfüllen zu können, wird 2015 eine europaweite Ausschreibung der Fund- und Verwahrtiere-Betreuung erfolgen. Dabei soll diese Aufgabe möglichst in Potsdam bzw. in Potsdams engerer Umgebung erfüllt werden. Eine Beteiligung an einer solchen Ausschreibung ist dem TSV möglich.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4088>

LBB-Nr. 2 (Beschluss StVV: Zur Kenntnis genommen)

●●● ROT - Brauhausberg: Sanierung Schwimmhalle

Kurzfassung:

Statt eines Neubaus sollte das Bad am Brauhausberg saniert werden. Das spart viele Millionen. Das Bad bleibt dann im Zentrum und ist...

> Durch die Stadtverordnetenversammlung als „erledigt“ zur Kenntnis genommen. Grund: Badbefragung hat Vorschlag hinfällig gemacht, da diese Option nicht zur Auswahl stand.

> Ausblick / Aktueller Stand:

Das neue Sport- und Freizeitbad entsteht am Brauhausberg und soll Ende 2016 eröffnen. In einer Bürgerbefragung im Jahr 2012 hat sich die Mehrheit der Teilnehmer für diesen Standort entschieden. Die Stadtverordnetenversammlung hat daraufhin die entsprechenden Beschlüsse angepasst. Das neue Bad ist inzwischen im Bau. Die alte Schwimmhalle wird bis zur Eröffnung des neuen Bades weiter betrieben und dann abgerissen.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4230>

LBB-Nr. 3 (Beschluss StVV: Ablehnung)

●●● GRÜN - Sport- und Freizeitflächen "NowaWiese"

Kurzfassung:

Die Stadt Potsdam soll im Haushalt 2012 die Mittel zur Verfügung stellen, um zwischen Park Babelsberg und Nutheschnellstraße die ...

> Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 2. Mai 2012 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt: Der aktuelle Vorschlag geht deutlich über einen bereits bestätigten aus dem Vorjahr hinaus. Eine zusätzliche Finanzierung über die bisher geplanten 250.000 Euro zur Einrichtung eines Bolzplatzes wird nicht befürwortet.

> Ausblick / Aktueller Stand:

Für den Fußballplatz soll ein vereinfachter Bodenaufbau in Anlehnung an die DIN mit vergleichbaren Eigenschaften realisiert werden. Ab Mai 2016 soll der Platz voraussichtlich bespielbar sein.

Ausblick ab 2013: 250.000 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4125>

LBB-Nr. 4 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Kurzfassung:

Konzept zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Angesichts der stetig steigenden Mieten in Potsdam wäre ein Konzept der Stadt für bezahlbaren Wohnraum dringend notwendig. Es kann nicht sein, ...

> Ausblick zur (zukünftigen) Realisierung:

Derzeit wird ein neues Wohnungspolitisches Konzept erarbeitet, das auch zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzepts Wohnen dient. Wohnungspolitische Zielsetzungen, die im Zuge der Konzepterstellung bereits formuliert wurden, sollen nach Handlungsfeldern differenziert mit Maßnahmen, Umsetzungsschritten und Verantwortlichkeiten unterlegt werden und dergestalt Eingang in eine Beschlussvorlage zur Stadtverordnetenversammlung finden, die im September 2015 vorliegen wird.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Ausblick ab 2013: Für die externen Begleitung bei der Erstellung des Konzepts wurden 80.000 EUR in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 bereit gestellt, die jeweils hälftig von den Geschäftsbereichen 3 und 4 getragen werden.

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4089>

LBB-Nr. 5 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● ROT - Mehr Sauberkeit in der Stadt (Abfallbehälter)
Kurzfassung:

Es wird vorgeschlagen, mehr Papierkörbe oder andere Abfallentsorgungsmöglichkeiten in der Stadt zu schaffen.

> Ergebnis der Prüfung:

Der Ausbau der Standorte von Abfallbehältern wäre nur über eine Erhöhung des Aufwendungsansatzes möglich. Bei der Aufstellung zusätzlicher Papierkörbe im öffentlichen Raum handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe. Da die Landeshauptstadt Potsdam das Ziel hat, 2015/2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu können, ist an die Übernahme zusätzlicher freiwilliger Leistungen ein enger Maßstab anzulegen. Auf der Grundlage dieser Zielstellung kann der Ausweitung derzeit nicht vorgenommen werden. Die Verwaltung prüft kontinuierlich im Rahmen des vorhandenen Budgets und einer effektiven Bewirtschaftung die vorhandenen und ggf. neu anzuschaffenden Abfallbehälter.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4106>

LBB-Nr. 6 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Kein Stadtgeld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche
Kurzfassung:

Meiner Meinung nach sollten keine städtischen Gelder für den Wiederaufbau der Garnisonkirche ausgegeben werden. Der gesamte Umbau...

> Aktueller Sachstand:

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.05.2008 (Beitritt zur Stiftung Garnisonkirche Potsdam) stellt die Landeshauptstadt keine finanziellen Mittel für den Wiederaufbau der Garnisonkirche zur Verfügung. Dies wurde auch noch einmal mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (12/SVV/0759) aus dem Bürgerhaushaltsverfahren 2013/2014 bekräftigt.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/3340>

LBB-Nr. 7 (Beschluss StVV: Ablehnung)
●●● ROT - Besserer Betreuungsschlüssel für Kitas
Kurzfassung:

Ich schlage eine Veränderung des Betreuungsschlüssels vor, so dass die Zeit die ein/e Erzieher/in mit pflegerischen und versorgenden...

> Aktueller Sachstand:

Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 2. Mai 2012 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt: Novellierung des Betreuungsschlüssels bereits 2010 durch die Landesregierung erfolgt, Vorschlag betrifft zum Teil Landesmittel.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4143>

LBB-Nr. 8 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - 100% Strom aus erneuerbaren Energien / Neubau von Anlagen

Kurzfassung:

100% erneuerbare Energien bis 2050 für ganz Deutschland. Wie es geht hat Greenpeace gezeigt. Potsdam sollte als Landeshauptstadt Vorbild...

> Aktueller Sachstand:

Das Auswahlverfahren zur Anmietung von Dachflächen für die Installation von Photovoltaikanlagen wurde abgeschlossen. Insgesamt gab es 12 Interessenten von denen der KIS sechs für die Anmietung der veröffentlichten Dachflächen ausgewählt hat. Weitere Dachflächen zur Belegung mit Photovoltaikanlagen stehen derzeit nicht zur Verfügung.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4091>

LBB-Nr. 9 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● ROT - Buslinie 693 wieder durchgängig bis Joh.-Kepler-Platz

Kurzfassung:

Es wird vorgeschlagen, die Buslinie 693 wieder durchgängig bis zum Johannes-Kepler-Platz über das Stern-Center ins Liniennetz...

> Ergebnis der Prüfung:

Im Rahmen eines im 2. Halbjahr 2012 erarbeiteten Buskonzeptes wurden durch das beauftragte externe Planungsbüro Verbesserungsmöglichkeiten geprüft, aber Veränderungen nicht empfohlen. Entsprechend ergeben sich zur Linie 693 keine Veränderungen.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4105>

LBB-Nr. 10 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Kostenloser Nahverkehr bei Ausflügen von Schulen und Kitas
Kurzfassung:

Der kostenlose Nahverkehr soll bei Kita-Gruppen für alle Kinder gelten. Also auch für die Kinder, die schon das 6. Lebensjahr...

> Aktueller Sachstand:

Im Rahmen der Fahrtkostenerstattung wurden für eintägige Ausflüge beim Sozialamt über das Bildungs- und Teilhabepaket für Sozialleistungsempfänger in den Jahren 2012 bis 2014 die folgend aufgeführten Kosten in Anspruch genommen:

	eintägige Kitaausflüge	eintägige Schulausflüge	Gesamt
2012:	848,90	4.764,05	5.612,95
2013:	1.102,50	5.514,18	6.616,68
2014:	2.175,10	5.681,61	7.856,71

Die angegebenen Beträge beziehen sich auf die kompletten Kosten für eintägige Ausflüge. Die Fahrkosten sind nicht gesondert abgebildet.

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 5.613 EUR

Ausblick ab 2013 (bis 2014): 14.474 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/3326>

LBB-Nr. 11 (Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Kulturstandort "ARCHIV" erhalten (Brandschutz / Nutzungsverträge)
Kurzfassung:

Dem Kulturstandort "ARCHIV", in der Leipziger Straße 60, die Brandschutzssanierung bezahlen und den Kommunalen Immobilien Service...

> Aktueller Sachstand:

Durch die Landeshauptstadt Potsdam werden für die brandschutz-technische Sanierung des Gebäudes 625.000 Euro zur Verfügung gestellt. Im Haushaltsergebnis 2010 wurden davon rund 27.000 Euro, in 2011 rund 10.000 Euro bereitgestellt. In 2012 wurden keine Mittel abgerufen. Für die Jahre ab 2013 stehen insgesamt noch rund 588.000 Euro zur Verfügung. Im Jahr 2013 wurden rund 41.000 Euro verwendet. Der Verein prüft verschiedene Möglichkeiten der Finanzierung durch weitere Fördermittel.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 11.400 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Ausblick ab 2013: 588.000 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/2245>

LBB-Nr. 12 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Staudenhof erhalten und pflegen
Kurzfassung:

Der einstmals sehr gelungene Staudenhof sollte wieder in Ordnung gebracht, richtig gepflegt und erhalten werden. Die Anlage...

> Ausblick zur Realisierung:

Die Pflege der Grünanlage wurde intensiviert, umfangreiche Schnittmaßnahmen in den Strauchpflanzungen durchgeführt und Nachpflanzungen im Herbst 2012 und Frühjahr 2013 vorgenommen. Ab Herbst 2014 werden im Rahmen des ‚Projektes Staudengarten‘ weitere Verschönerungsarbeiten in Zusammenarbeit mit Bewohnern, freiwilligen Helfern und Flüchtlingen im Areal organisiert.

Kostenplanung 2012: Aufwand: ca. 1.000 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: ca. 3.500 EUR // Ertrag: 0 EUR

Ausblick ab 2013: ca. 3.000 EUR pro Jahr

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/2810>

LBB-Nr. 13 (Beschluss StVV: Annahme)

●●● GRÜN - Radweg zw. Wetzlarer Straße und Stern erneuern
Kurzfassung:

Der Radweg entlang der Autobahnbrücke zwischen Stern und Schlaatz müsste dringend verbessert werden. Dieser Radweg...

> Ausblick zur Realisierung:

Mit den Planungsleistungen für das Teilstück wurde im Mai 2012 begonnen. Mit einem Abschluss der Vorplanungen rechnet die Landeshauptstadt Potsdam im 3. Quartal 2015. Für eine Realisierung des Vorhabens werden insgesamt sind 360.000 EUR veranschlagt.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 3.500 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 3.414 EUR // Ertrag: 0 EUR

Ausblick ab 2013: 356.586 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4092>

LBB-Nr. 14 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● ROT - Drei- bzw. Sechsmonatskarten für Nahverkehr anbieten
Kurzfassung:

Als Ergänzung zum Fahrradkonzept der Stadt Potsdam, wäre es sinnvoll für die Wintermonate ein ÖPNV-Abo mit 3 bzw. 6 Monaten Laufzeit...

> Aktueller Sachstand:

Der Prüfauftrag zur Einführung von vorgenannten Winterabonnements wurde an die Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH (VBB) weitergeleitet und wird dort aktuell innerhalb der Gremien der Verbundgesellschaft und mit den beteiligten Verkehrs-

unternehmen diskutiert. Aufgrund nicht abschätzbarer wirtschaftlicher Auswirkungen u.a. durch Wanderungseffekte aus bereits bestehenden Abonnements, wurde der Prüfauftrag in die Arbeitsgruppe Tarifweiterentwicklung integriert. Die weitere Befassung erfolgt nach dem Vorliegen einer Modellstudie zu den Effekten der Produkteinführung in den Städten Cottbus, Frankfurt Oder und Brandenburg an der Havel.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4094>

LBB-Nr. 15 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

ROT - Fußballplatz im Potsdamer Norden schaffen

Kurzfassung:

Die Bedingungen für den organisierten Breitensport im Potsdamer Norden, insbesondere im Bornstedter Feld, sind unzureichend...

> Aktueller Sachstand:

Mit dem Naturrasenfußballfeld in Neu Fahrland konnte eine leichte Entlastung erreicht werden, wobei diese Anlage den Fehlbedarf nicht kompensieren kann und die Entfernung insbesondere für den jüngeren Nachwuchs von den Vereinen als nachteilig angesehen wird. Die Stadt wird weitere Standorte prüfen, um die Sportstätten-situation im Potsdamer Norden langfristig zu verbessern. Durch die Umsetzung des Schulentwicklungsplans werden im Potsdamer Norden weitere Schulstandorte geschaffen, die auch dem Vereinssport zur Verfügung stehen werden. Dies wird im Bereich der Sporthallen für Entlastung sorgen, nicht bei den Sportfreianlagen.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4102>

LBB-Nr. 16 (Beschluss StVV: Ablehnung)

ROT - Vier autofreie Sonntage im Jahr (je 8-21 Uhr)

Kurzfassung:

Es sollte vier autofreie Sonntage im Jahr, je von 8 bis 21 Uhr geben. Dies könnte für Strassenfeste und -aktionen und auch für touristische...

> Aktueller Sachstand:

Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 2. Mai 2012 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt:Keine Mehrheit im Finanzausschuss vorhanden.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4131>

LBB-Nr. 17 (Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - Sicherheit Überweg Geschwister-Scholl-Str. (Nähe Kita Tausendfüßler)

Kurzfassung:

Die AWO-Kita Tausendfüßler liegt an der Geschwister-Scholl-Straße 52a, etwas abseits der Straße. In Höhe des Eingangs zur Kita gibt es einen Fußgängerüberweg (Zebrastreifen) und für diesen Bereich ist eine Tempo-30-Zone...

> Aktueller Sachstand:

Mögliche Umsetzungsmaßnahmen sind ausgeschöpft. Das Anliegen wurde beziehungsweise auf die Einschätzung der Verwaltung von der Stadtverordnetenversammlung als "bereits durch Verwaltungshandeln erledigt" beschlossen. Über die konkrete Umsetzung wurde erneut im November 2012 gegenüber der Stadtverordnetenversammlung Bericht erstattet.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4087>

LBB-Nr. 18 (Beschluss StVV: Geändert beschlossen)

●●● GRÜN - Privatisierung der Groß Glienicker Seehälfte verhindern

Kurzfassung:

Die sich im Besitz der BlmA befindlichen Seehälfte des Groß Glienicker See ist durch die Stadt zu erwerben...

> **Beschlusstext:** „Die Landeshauptstadt Potsdam wird alles unternehmen, um eine Privatisierung der zu Potsdam gehörenden Seehälfte des Groß Glienicker Sees zu verhindern.“

> Aktueller Sachstand:

Inzwischen hat das Land Brandenburg mit Vermögenszuordnungsvereinbarung vom 09./11.12.2014 den Potsdamer Teil des Groß Glienicker Sees von der BlmA übernommen. Es besteht aktuell keine unmittelbare Gefahr, dass die Seehälfte privatisiert wird. Die Landeshauptstadt Potsdam prüft derzeit, ob eine Weiterübertragung des Potsdamer Teils des Groß Glienicker Sees vom Land auf die Landeshauptstadt Potsdam erfolgen soll.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4096>

LBB-Nr. 19 (Beschluss StVV: Prüfauftrag)

●●● GRÜN - Sicherer Schulweg zur Regenbogenschule Fahrland einrichten

Kurzfassung:

Von den Wohngebieten "Eisbergstücke" und "Am Königsweg" in Fahrland fehlt ein sicherer Schulweg zur Regenbogenschule. Entweder...

> Aktueller Stand der Prüfung:

Im Zuge des Bebauungsplanverfahrens Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) ist die Errichtung bzw. Unterbringung eines entsprechenden Geh- und Radweges vorgesehen. Der

Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan wurde am 05.12.2012 gefasst. Zum jetzigen Zeitpunkt ist im städtebaulichen Konzept zu diesem Bebauungsplan eine fußläufige und sichere Verbindung zur Regenbogenschule Fahrland vorgesehen. Weitere Festsetzungen und detaillierte Aussagen, werden im Zuge des anstehenden Bebauungsplanverfahrens erarbeitet.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4109>

LBB-Nr. 20 (Beschluss StVV: Ablehnung)

●●● ROT - Einführung eines vegetarischen Wochentages

Kurzfassung:

Ich schlage vor, in Potsdam einen vegetarischen Wochentag einzuführen. An diesem Tag sollte in den Verpflegungseinrichtungen städtischer ...

> Aktueller Sachstand:

Dieser Vorschlag wurde durch die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 2. Mai 2012 abgelehnt. Folgende Begründung wurde genannt: Keine Mehrheit im Finanzausschuss und der Stadtverordnetenversammlung vorhanden.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4133>

LBB-Nr. 21 (Beschluss StVV: Bereits in Umsetzung)

●●● GRÜN - WESTKURVE - Als Begegnungsort an der Hans-Sachs-Str. planen

Kurzfassung:

Der Sportplatz an der Hans-Sachs-Straße (WESTKURVE) wird mit einem modernen TENNENBELAG saniert. Die Pflege und Wartung...

> Ausblick zur zukünftigen Realisierung:

Die Art des Belages für den Platz ist einvernehmlich mit allen Nutzern geklärt. Die Finanzierung ist gesichert. Durch die Landeshauptstadt Potsdam wurde mit der benachbarten Wohnungsgesellschaft ein unterschriftsreifer Entwurf einer Vereinbarung zum notwendigen Wege- und Leitungsrecht für den Sportplatz erarbeitet bzw. verhandelt. Der Beginn der Maßnahme kann aber erst erfolgen, wenn die Situation abschließend geregelt ist. Sobald der Vertrag rechtskräftig geworden ist, wird der Kommunale Immobilien Service mit der Planung und Umsetzung der Maßnahme fortfahren.

Kostenplanung 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Kostenergebnis 2012: Aufwand: 0 EUR // Ertrag: 0 EUR

Ausblick ab 2013: 300.000 EUR

Langfassung: <http://buergerbeteiligung.potsdam.de/node/4117>



**Landeshauptstadt
Potsdam**

Der Oberbürgermeister
Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Finanzen
Redaktionsschluss: 20.04.2015
Strategische Steuerung
Friedrich-Ebert-Straße 79-81 | 14469 Potsdam
Telefon: 0331 289-1120 | Fax: 0331 289-841120
Email: buergerkommune@rathaus.potsdam.de

www.potsdam.de/buergerhaushalt



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

BESCHLUSS
der 5. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 28.01.2009

Offenlegung der Ergebnisse des Bürgerhaushaltes 2007
Vorlage: 08/SVV/0961

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, über die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss des betreffenden Haushaltsjahres der Stadtverordnetenversammlung zu berichten. Es soll dargestellt werden

- **welche der beschlossenen Vorschläge ganz oder teilweise umgesetzt wurden**
- **welche Maßnahmen dazu getätigt wurden**
- **welche Kosten dafür jeweils entstanden sind.**

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**
bei 1 Stimmenthaltung.

Gemäß § 22 der Kommunalverfassung waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Beschluss wird ___1___ Seite beigefügt.

Potsdam, den 04. Februar 2009

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel